

## Handout für die Pressevertreter – Pressegespräch 23.07.2018

### Mitglieder des Bündnisses Pro Bannwald:

- Verein Fluglärm e.V.
- SPD Ortsverein Gilching
- Grüne Ortsverband Gilching
- Die Linke Kreisverband Starnberg
- ödp Kreisverband Starnberg
- BfG – Bürger für Gilching
- Öko & Fair – Umweltzentrum Gauting
- Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde St. Johannes Gilching
- Grünzug Netzwerk Würmtal e.V.
- Landesbund für Vogelschutz – Kreisverband Starnberg

**Anwesende Vertreter:** Rudolf Ulrich (Fluglärm e.V.), Werner Deiglmayr (Bündnis90/Die Grünen), Christian Winklmeier (SPD)

### Zusammenfassung:

- Der Gautinger Gemeinderat hat in der Sitzung vom 10.07.2018 mehrheitlich beschlossen, in das Auslegungsverfahren zum neugeplanten Gautinger Gewerbegebiet südlich der Gilchinger Waldkolonie einzusteigen.
- Das Bündnis „Pro Bannwald“ respektiert grundsätzlich den Wunsch der Gemeinde Gauting, ein neues Gewerbegebiet errichten zu wollen.
- Zugleich kritisieren wir, dass der Standort einen massiven Eingriff in die Natur erfordert und die Lasten (Verkehr, Wohnungsbau, Zerstörung von Erholungsflächen, etc.) einseitig von den Gilchinger Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen.
- Wir lehnen die vorgelegten Planungen strikt ab und schlagen vor, dass die Gemeinde Gauting alternative Flächen in der Nähe der Kiesabbaugebiete bei Unterbrunn entwickelt.

### Unsere Kritik an den beschlossenen Plänen:

#### 1. Mutwillig in den Verkehrskollaps – Gefälligkeitsgutachten Nummer 1?

- Laut Unterlagen der Gemeinde Gauting soll der durch das neue Gewerbegebiet entstehende Verkehr über die bereits planfestgestellte verlängerte Dornierstraße geführt werden. Diese Straße wird aber laut Planfeststellungsbeschluss ausschließlich für das bereits planfestgestellte Gebiet ausgewiesen, nicht für weitere Gebiete.
- Die Prognose des durch das Gilchinger Gewerbegebiet Süd durch Neubau zusätzlich entstehenden Verkehrs mit 22 Prozent ist deutlich zu gering angesetzt. Große Flächen werden erst in den nächsten beiden Jahren fertig bebaut sein.
- Die angedachte zweispurige Markierung am nördlich der A96 befindlichen Kreisel wird kaum positive Auswirkungen haben, da solche Kreiseln in der Regel vom Bürger nicht angenommen werden.
- Eine Ampellösung beim Dornierkreisel wird die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Rückstau auf die Autobahn erfolgt, was aus verkehrsrechtlicher Sicht ein großes Problem darstellen würde.

#### 2. Landschaftspflegerischer Begleitplan wird ignoriert – ist der Gemeinde Gauting geltendes Recht egal?

- In den Planunterlagen findet sich kein Hinweis auf den landschaftspflegerischen Begleitplan zur Planfeststellung für den Sonderflughafen Oberpfaffenhofen vom 3.4.2004.
- Zitat daraus: „Nr. 2.7: Hohe Bedeutung für Landschaftsbild und Erholung haben die westexponierten Randbereiche des Unterbrunner Holzes und die südlich des Werksgeländes vorgelagerten Gehölzgruppen.“

- Wir fordern, dass der landschaftspflegerische Begleitplan in den Planungen unbedingt berücksichtigt werden muss!

### **3. Zerstörung eines Erholungswaldes – Widerspruch zu Planungen des Freistaats und massive Verschwendung von Steuergeldern!**

- Demnächst erfolgt ein Aufstieg in der Bewertung des Waldes von Intensitätsstufe 2 in Intensitätsstufe 1 (schriftliche Bestätigung durch das Bayerische Staatsministerium). Das Unterbrunner Holz wird also rechtlich noch einmal aufgewertet, soll dann aber großflächig zerstört werden?
- Die von der Gemeinde Gauting aufgeführte „Absprache mit der zuständigen Forstbehörde“ (§. 16 der Planerläuterungen) hat nicht stattgefunden (Aussage von Herrn Dr. Gampe (Forstdirektor AELF Weilheim) vom 12.7.18)! Warum wird dem Gautinger Gemeinderat die Unwahrheit erzählt?
- Die bereits nach den Stürmen der vergangenen Jahre getätigten Aufforstungen würden nun ad absurdum geführt. Teuer aufgeforstete Flächen wieder zu zerstören, ist nichts anderes als die Verschwendung von Steuergeldern.

### **4. Brandschutz findet keine Berücksichtigung – unseriöses Vorgehen der Gemeinde Gauting**

- Der Brandschutz kann unseres Erachtens nur durch eine Vereinbarung mit der Gilchinger Feuerwehr oder eine Berufsfeuerwehr in Unterbrunn erbracht werden.
- In den Planunterlagen ist kein Wort von einer Berufsfeuerwehr in Unterbrunn zu finden. Bisher wurden keine Gespräche mit der Gilchinger Feuerwehr geführt.
- Da die Gilchinger Feuerwehr bei größeren Einsätzen immer mit ausrücken müsste, ist das Vorgehen von Seiten der Gemeinde Gauting unseriös, intransparent und verunsichert die ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und -männer.

### **5. Keine ausreichende Untersuchung/Berücksichtigung alternativer Standorte – Gefälligkeitsgutachten Nummer 2?**

- Bereits vor drei Jahren wurde beschlossen, das Gewerbegebiet an der jetzigen Stelle zu errichten. Das Gutachten zur Untersuchung alternativer Standorte trägt das Datum 18.6.2018, was den klaren Verdacht aufkommen lässt, dass es sich um ein reines Gefälligkeitsgutachten handelt.
- Das Kriterium „Nutzung denaturierter Flächen“ wurde nicht berücksichtigt, obwohl im Untersuchungsgebiet ein ausgedehntes Kiesabbaugebiet liegt. Dies widerspricht den Intentionen der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2013 und des Bündnisses zum Flächensparen.
- **Unseres Erachtens wäre ein neues „Gewerbegebiet Unterbrunn West“ deutlich geeigneter:**
  - Die verkehrliche Erschließung wäre losgelöst von den überlasteten Kreisel nördlich und südlich der A96. Die Anbindung an das Kreuz St2069/St2349 wäre ausreichend und optimal.
  - Der Eingriff in die Natur wäre deutlich geringer und besser zu verkraften.
  - Die Gemeinde Gauting trägt nicht nur den Nutzen des Gewerbegebiets (Gewerbsteuer), sondern auch die Lasten (Schaffung der Infrastruktur wie z.B. Verkehr, Wohnungsbau, Kindergärten, Zerstörung von Erholungsflächen, etc.) und wälzt diese Lasten nicht einseitig auf die Gemeinde Gilching ab.

#### **Unsere Aktivitäten:**

- Großveranstaltung im Unterbrunner Holz am Samstag, 22.9.18, 14 Uhr
- Flyerverteilung an alle Gilchinger Haushalte
- Plakatierungen, Infostände, Online-Petition
- Beteiligung am Auslegungsverfahren mit anwaltlicher Unterstützung
- Informationsgespräche mit den Kreisräten